Realisierungskonzept

(Inhalt und Ablauf der Maßnahme)

1. Prioritätenliste

Aktualisierung der Prüfliste in Tabelle 25 des PVT 2000
Festlegung von Pilotanlagen
Eingruppierung des gesamten Prüfbestandes in Prioritätengruppen
laufende Fortschreibung der Prioritätenliste
- *politische Beschlüsse*
- *spontane betriebliche Erfordernisse*
- *Bürgeranregungen*

2. Untersuchungsumfang

- ***Analyse des Ist-Zustandes***

  Unfallauswertung
  Verkehrserhebung
  verfügbare Verkehrsflächen
  Verkehrsführung
  verkehrliche Ansprüche an den Knoten
  Qualität des Verkehrsablaufes
  Investitionsbedarf

- ***Erstellung eines Anforderungsprofils***

  hinreichend sicher
  leicht begreifbar
  geometrisch möglich
  funktionsfähig
  leistungsfähig
  optisch ansprechend
  kostengünstig

- ***Überprüfung geeigneter alternativer Betriebsformen***

  baulich
  - *Kreisverkehr*
  - *Minikreisel*
  - *Querungshilfen*
  - *Einengung*

  Verkehrstechnisch
  - *Fußgängerüberweg (FGÜ)*
  - *veränderte Verkehrsführung*
  - *Reduzierung des Verkehrsaufkommens*
  - *Verbesserung der Sichtbeziehungen*

- ***Umgestaltungsvorschlag***

  Skizzenhafte Darstellung der neuen Knotenpunktgestaltung als Basis für Variantenvergleich, Funktionsnachweis und Kostenschätzung

  Baureife Planung des umgestalteten Knotens

- ***Funktionsnachweis***

  nach geltenden Vorschriften

  EFA, Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen
  R-FGÜ, Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen
  Anwenderhinweise Kreisverkehr bzw. Minikreisel

  Simulation in Grenz- und Sonderfällen

- ***Nutzeffektermittlung***

  Gegenüberstellung der Erneuerungskosten zzgl. der Betriebskosten für die LSA-Nutzungsdauer und der Umgestaltungsaufwendungen zur alternativen Betriebsform

3. Abstimmung und Anordnung

Generelle Abstimmung der Vorgehensweise für die Gesamtmaßnahme unter Einbeziehung von Verkehrsexperten des Polizeipräsidiums Köln, des Instituts für Straßenverkehr, der Verkehrswacht, des ADAC und des VCD.

ständige Abstimmung der Maßnahme mit PP Köln unter themenbezogener Einbindung weiterer Verkehrsfachleute und Interessenvertreter

Anordnung der alternativen Betriebsform durch die Straßenverkehrsbehörde

4. Realisierung

Beschluss des Bau- und Verkehrsausschusses zum vorliegenden Realisierungskonzept einschließlich Prioritätenliste und Mittelbereitstellung

Umsetzung der baulichen und verkehrstechnischen Maßnahmen entsprechend ihrer Priorität und den verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen

begleitende Maßnahmen, wie Öffentlichkeitsarbeit mit abgestuftem Aufwand je nach Erfordernis

5. Begleitung und Nachher-Untersuchung

Unfallrecherche
Akzeptanzermittlung
Bewertung der Verkehrsqualität der Verkehrsabläufe Vorher-Nachher
Optimierungen bei Erfordernis